

Vorlage an

Ausschuss für Soziales, Sport und Kultur für die Sitzung am

Stadtverordnetenversammlung für die Sitzung am
--

Konzept "Bildung aus einer Hand"; Verlängerung der Rahmenvereinbarung zur Kooperation von Schule und Jugendhilfe

Beschlussvorschlag:

1. Die Rahmenvereinbarung zur Kooperation von Schule und Jugendhilfe, mit den in Anlage 2 aufgeführten Änderungen, wird um weitere 3 Jahre bis zum 31.08.2013 verlängert.
2. Die Verwaltung wird aufgefordert die Neuformulierung der Rahmenvereinbarung mit den schulischen Partnern zu kommunizieren und die Unterzeichnung der Vereinbarung zu veranlassen.

Sachverhalt:

In ihrer Sitzung vom 13.10.2005 beschloss die Stadtverordnetenversammlung das Konzept „**Bildung aus einer Hand**“ zeitgleich mit dem Bildungsgesamtplan 2005 bis 2010. Im Beschluss wurde die Verwaltung u.a. beauftragt: „Bis zum Beginn des Schuljahres 2006/07 eine Kooperationsvereinbarung zur Zusammenarbeit von Stadt, Schulträger und Schule zu erarbeiten, unter Einbeziehung des Bildungsbeirates, der Schulen, Elternvertretungen und der Mitarbeiter/innen der betreuenden Grundschulen und Horte“.

Mit dem **Konzept „Bildung aus einer Hand“** wurde im Hinblick auf die Schulkindbetreuung eine neue strategische Orientierung eingeleitet, die mittelfristig vorsieht Horte und betreuende Grundschulen aufzulösen und in die Entwicklung von Ganztagschulen zu integrieren.

In einem anschließenden Entwicklungsprozess von über einem Jahr wurde unter Einbindung von Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen aus Schulen und Jugendhilfeeinrichtungen sowie von Elternvertretungen eine „**Rahmenvereinbarung zur Kooperation von Schule und Jugendhilfe**“ entwickelt und am 27.09.2007 von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen (s. Anlage 1). Nach anschließender Diskussion in den Gremien aller Weiterstädter Schulen und in Abstimmung mit dem staatlichen Schulamt und dem Schulträger Landkreis Darmstadt-Dieburg wurde die Vereinbarung dann am 03.12. 2007 von allen Schulleitungen, Herrn Bürgermeister Rohrbach, sowie dem Leiter des staatlichen Schulamtes und dem Schuldezernenten des Landkreises unterzeichnet.

Die Rahmenvereinbarung „bildet die Grundlage künftiger Zusammenarbeit zwischen der Stadt Weiterstadt und den in Weiterstadt ansässigen Schulen zum Ausbau von Ganztagschulen“ (Auszug aus Beschluss der STVV vom 27.9.2007).

Drucksache VIII/0977/1

Die Rahmenvereinbarung wurde zunächst für einen Zeitraum bis zum 31.08.2010 beschlossen und danach soll auf der Grundlage einer Analyse der Entwicklung eine Entscheidung über eine weitere Verlängerung gefällt werden.

Wesentliches **Ziel der alten Vereinbarung** war:

- a) Die Umsetzung der **Pädagogischen Mittagsbetreuung** (Betreuung und Mittagessen in der Schule an 5 Tagen der Woche von 7.00 Uhr -14.30 Uhr) in allen Schulen der Stadt Weiterstadt bis 2010.
- b) In einem weiteren Schritt bis 2013 die Weiterentwicklung der pädagogischen Mittagsbetreuung zu **offenen oder gebundenen Ganztagschulen** mit einer Öffnung von 7.00 Uhr - 17.00 Uhr. Gleichzeitig sollen neue pädagogische Konzepte der Integration von sozialpädagogischem Lernen und kognitivem Lernen (integriertes Lernkonzept) in Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe gefördert werden. Dazu wird ein Teil der sozialpädagogischen Fachkräfte aus betreuenden Grundschulen, Horten und der Jugendförderung für die Arbeit in Schulen (integrierte Lernkonzepte, Jugendarbeit in Schulen) abgeordnet.

Gleichzeitig mit der Entwicklung von Ganztagskonzepten werden betreuende Grundschulen und Horte sukzessive reduziert und in einer längeren Perspektive aufgelöst.

In der beigefügten Anlage 3 ist der gegenwärtige Stand der Entwicklung abgebildet und in einem gesonderten Kommentar erläutert.

Wir schlagen vor, auf der Grundlage des erläuterten und kommentierten gegenwärtigen Entwicklungsstandes die Rahmenvereinbarung mit den in Anlage 2 vorgeschlagenen Änderungen bis zum 31.08.2013 zu verlängern.

Die Verlängerung der Rahmenvereinbarung zur Kooperation von Jugendhilfe und Schule als Umsetzungsform des Projektes „Bildung aus einer Hand“ ist aus unserer Sicht nicht nur eine zentrale Voraussetzung für die weitere Entwicklung der Schulen zu Ganztagschulen, sondern auch die Grundlage für die Weiterführung des erfolgreichen Projektes „Lebenswelt Schule“, für das wir als bundesweites Modell ausgewählt wurden.

Der Sachverhalt wurde am 20.04.2010 im Magistrat beraten. Die Drucksache wird gemäß § 11 der Geschäftsordnung direkt dem Ausschuss vorgelegt.

- Rohrbach -
Bürgermeister

Anlagen:

1. Rahmenvereinbarung (alte Fassung)
2. Änderungsvorschläge zur Rahmenvereinbarung
3. Kurzübersicht über Umsetzung des Konzeptes „Bildung aus einer Hand“